

Antworten der **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt** zu den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2021

## 1. Globales Lernen und Friedensbildung in Sachsen-Anhalt ausbauen!

- **Wie können und sollten aus Ihrer Sicht die Ressourcen für Friedensbildung in Sachsen-Anhalt strukturell ausgebaut werden?**

Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier entwickeln sie eine Vorstellung von Demokratie, lernen den fairen Umgang miteinander, erfahren von Toleranz, Kompromissen und Regeln. Wir wollen, dass Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie die Friedens- und Demokratiepädagogik bis 2030 an allen Schulen in Sachsen-Anhalt als fächerübergreifende Querschnittsaufgaben begriffen werden. Das heißt: Schüler\*innen sollen wissen und täglich erfahren, was es heißt, demokratisch zu handeln. Lehrkräfte und Schulleitungen sollen fächerübergreifend an gesellschaftlichen Themen arbeiten und die Schüler\*innen demokratisch in die Unterrichtsgestaltung und Schulentwicklung mit einbeziehen. Hier wollen wir außerschulische Akteur\*innen stärker einbeziehen. Schulangehörige sollen selbst Demokratieerfahrungen machen können und Demokratie leben. Die Lehrer\*innenaus- und -fortbildung wollen wir dementsprechend anpassen. Wir setzen uns außerdem für Projekte wie die demokratische Schule oder Schule ohne Rassismus ein.

- **Befürworten Sie für Sachsen-Anhalt die Einrichtung einer Servicestelle Friedensbildung ähnlich wie in anderen Bundesländern?**

Wir befürworten die Etablierung einer Servicestelle Friedensbildung. Eine solche Servicestelle kann bei der Implementierung der oben genannten Ziele unterstützen und die Akteure des Bildungswesens dementsprechend vernetzen und informieren. Ähnlich wie in Baden-Württemberg könnte diese in die Landeszentrale für politische Bildung integriert werden.

- **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Stellen im „Eine Welt-Promotor\*innen-Programm“ in Sachsen-Anhalt ab 2022 erhöht wird?**

Wir haben im bestehenden Koalitionsvertrag drei Stellen für „Eine Welt-Promotor\*innen“ verabredet. Diesen Erfolg konnten wir in den Haushaltsdebatten in der zurückliegenden Legislatur sogar noch ausbauen, indem zwei zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Das Bundesprogramm, das 5 Stellen für Sachsen-Anhalt vorsieht, ist damit ausgeschöpft. Diese fünf Stellen gilt es in der nächsten Legislatur zu sichern. Diskussionen um einen darüber hinausgehenden Stellenaufwuchs werden vor dem Hintergrund der absehbar schwierigen zukünftigen Haushaltsberatungen zu führen sein.

## 2. Demokratieförderung gesetzlich verankern!

- **Befürworten Sie ein Demokratieförderungsgesetz auch für das Land Sachsen-Anhalt?**

*Ja, wir befürworten Demokratieförderungsgesetze auf Bundes- und Landesebene. Diese sind für uns eine Chance, engagierte Menschen in Initiativen, Bündnissen, Verbänden oder Vereinen zu stärken, die sich aktiv für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen. Über ein Demokratieförderungsgesetz kann dieses Engagement nachhaltig, unbürokratisch und finanziell abgesichert werden.*

- **Werden Sie die Mittel im Landesprogramm für Demokratie und Weltoffenheit erhöhen und bürokratische Hürden bei der Umsetzung des Förderprogramms abbauen?**

*Wir setzen uns dafür ein, dass das Landesprogramm für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt verstetigt und ausgebaut wird. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Demokratieförderung braucht Fachträger mit dauerhaften Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ebenso wie Modellprojekte, in denen Neues entwickelt werden kann und breit getragene, ehrenamtliche Bündnisse und Initiativen. Wir werden Fördermodelle entwickeln, die diese Vielfalt der Zivilgesellschaft spiegeln und unterstützen.*

- **Kennen und unterstützen Sie Projekte der kommunalen Konfliktbearbeitung sowie -beratung?**

*Ja, wir wollen uns dafür einsetzen, dass zivile Konfliktberatung in Sachsen-Anhalt, insbesondere in den Kommunen, gestärkt wird. Durch Beteiligungsformate wie Konfliktberatung, konfliktsensible Gemeinwesenarbeit, Stadtteildialoge oder Gemeinwesenmediation können lokale Konflikte konstruktiv bearbeitet werden.*

## 3. Politisch-gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte ermöglichen!

- **Wie wird Ihre Politik die sprachliche Vielfalt in unseren Bildungseinrichtungen unterstützen?**

*Die deutsche Sprache ist die Basis für Integration. Darauf aufbauend wollen wir darauf hinwirken, dass Schüler\*innen und Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte das Potential ihrer Mehrsprachigkeit für ihr weiteres Leben voll ausschöpfen können. Schulen sollten daher die Herkunftssprachen als zweite oder dritte Fremdsprachen neben dem Deutschen voll anerkennen, fördern und zertifizieren – bis hin zur Berücksichtigung im Abitur. Außerdem wollen wir Deutsch als Zweitsprache in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung ausbauen.*

- **Sieht Ihr politisches Programm Maßnahmen zur Unterstützung der sprachlichen Herausforderungen, mit denen junge Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Ausbildung konfrontiert sind, vor?**

*Neben den eben genannten Maßnahmen im schulischen Kontext wollen wir den durch die sehr heterogene Gruppe der Auszubildenden bedingten Herausforderungen gezielt mit einer umfassenden Willkommens- und Ankommenskultur begegnen. Dafür wollen wir ausländische (Schul-)Abschlüsse schneller und kostengünstiger anerkennen und prüfen, wie der Zugang zu Ausbildungen noch weiter erleichtert werden kann. Beratungsstrukturen für migrantische Arbeitskräfte, wie beispielsweise das EU-geförderte Landesprojekt Bema, müssen fortgeführt werden.*

- **Welche konkreten Schritte werden Sie angehen, um die politische Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Ihrer Partei und zukünftigen politischen Ämtern zu erhöhen?**

Die wichtigste Voraussetzung für die Ermöglichung von politischer Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist das Wahlrecht, sodass diese Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit haben, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Migrant\*innen die dauerhaft in Sachsen-Anhalt leben das Wahlrecht erhalten. Nur so kann eine echte Mitbestimmung gewährleistet werden. Wir wollen uns außerdem auf Bundesebene dafür einsetzen, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu vereinfachen. Auf Grundlage der Arbeit des Diversitätsrates der Partei von BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN ist im Dezember 2020 das Statut für eine vielfältige Partei beschlossen worden. Dieses betont, dass sich vielfältige Perspektiven in unserer Partei abbilden sollen. Die Repräsentation von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen soll mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil auf der jeweiligen Ebene erfolgen. Um dieses Ziel zu erreichen werden der Bundesvorstand der Partei und der Diversitätsrat alle zwei Jahre eine wissenschaftlich fundierte Evaluierung zur Zusammensetzung von Funktionär\*innen, Parlamentarier\*innen und Angestellten auf europäischer, Bundes- und Landesebene durchführen. Dabei soll dargestellt werden, inwiefern sich die Vielfalt der Gesellschaft in der Zusammensetzung der Befragten widerspiegelt und welche Diskriminierungserfahrungen es gibt. Ein Bericht dazu wird alle zwei Jahre auf der Bundesdelegiertenkonferenz vorgestellt und diskutiert. Der Diversitätsrat und der Bundesvorstand werden auf Grundlage der Ergebnisse der Evaluierungen Instrumente wie etwa Diversity-Trainings, Quoten oder Empowerment-Maßnahmen diskutieren und entwickeln.

#### **4. Antidiskriminierung und Mobbingprävention an Schulen stärken!**

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Hürden hierfür abzubauen und mehr marginalisierte Menschen und Schüler\*innen mit Mobbing- und Gewalterfahrungen an Strukturveränderungen zu beteiligen?**

Das Demokratieverständnis und den Gemeinsinn an Schulen wollen wir grundsätzlich stärken, indem wir mehr einfache und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Dazu gehört eine gleichberechtigte Teilnahme von Eltern, Schüler\*innen, Lehrer\*innen sowie eine Mitwirkung der sonstigen Angestellten (Drittelparität-Plus) in der Schulkonferenz. Weiterhin ist uns wichtig, das soziale Miteinander zu stärken, Streitschlichtungsgruppen in den Schulen aufzubauen und die Anti-Gewalt-Arbeit fortzuführen. Dazu gehört auch eine aktive Arbeit gegen Sexismus, Trans\*- und Homofeindlichkeit sowie Rassismus. Wir fordern zudem die Möglichkeit, auch einen gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt im Abitur auf erhöhtem Anforderungsniveau zu belegen. Gleichzeitig setzen wir auf eine Fortführung des Programms "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage", welches für unser Bundesland von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt koordiniert wird. Die Förderung des sozialen Miteinanders an Schulen setzt einen Ausbau multiprofessioneller Teams voraus. Und auch die Schulsozialarbeit muss ein fester Bestandteil von Schule sein. Wir wollen daher ein unbefristetes Landesprogramm Schulsozialarbeit unter kommunaler Beteiligung und Steuerung. Die Finanzierung des Landesprogramms muss das Land Sachsen-Anhalt übernehmen.

- **Welche Maßnahmen planen Sie, um Schule zu einem gerechteren und inklusiveren Lebens- und Lernraum zu entwickeln?**

Wir setzen uns dafür ein, dass die zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen konsequent umgesetzt wird. Dazu zählt auch die Schrittweise

Auflösung von Förderschulen. Die Förderangebote sollen an allgemeinbildende Schulen verlagert werden. Inklusion im Unterricht bereitet Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf besser auf ihr Erwachsenenleben außerhalb des geschützten Lernortes Schule vor und verbessert ihre Lebensqualität. Die Eltern von Kindern mit Förderbedarf wollen wir mit besseren Informations- und Beratungsmöglichkeiten unterstützen. Gleichzeitig sollen alle Kinder einen unbefangenen und rücksichtsvollen Umgang mit Menschen mit Behinderung erlernen und erfahren. Bis dahin werden wir Förderschulen unterstützen und sicherstellen, dass die Lern- und Aufenthaltsbedingungen an auslaufenden Förderschulen angemessen sind und jedes Kind optimale Förderung erfährt. Wir wollen die allgemeinbildenden Schulen bei der Vorbereitung auf einen Unterricht mit Inklusion vorbereiten. Die Betreuung an den allgemeinbildenden Schulen muss mit mehr gut qualifiziertem und sensibilisiertem Personal erfolgen. Dafür müssen die Finanzmittel und Personalstellen, die bisher für Förderschulen aufgewendet wurden, umverteilt werden. Auch die baulichen, sächlichen und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen müssen gut vorbereitet werden. Wir setzen uns auch für inklusive Horts an Grundschulen ein und es ist zu prüfen, in welchen Fällen spezialisierte Förderklassen an Regelschulen für besonders schwere Behinderungen sinnvoll sind. An allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sollen solche Förderschulklassen angegliedert werden können.

- **Sind Sie bereit, ihre Bildungspolitik darauf auszurichten, dass auf Basis des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes unabhängige Antidiskriminierungsstellen für Schulen etabliert werden und fachlich sowie finanziell in die Stärkung bestehender Empowermentstrukturen von Betroffenen investiert wird?**

Wir wollen die Schulen weit stärker dazu anregen und ausstatten, für alle Schüler\*innen ein Ort ohne Diskriminierung, Sexismus, Schikanieren und Gewalterfahrung zu sein. Mobbing ist eine leidvolle Erfahrung für viele Schüler\*innen, die nicht mit dem Schulklingeln endet. Sie setzt sich digital auch in der Freizeit fort. An allen Schulen müssen daher demokratiepädagogische Konzepte, Anti-Mobbing-Projekte sowie Programme zur Gewalt- und Suchtprävention ermöglicht werden. Damit sollen Kinder und Jugendliche soziale, ethische und demokratische Kompetenzen zur Persönlichkeitsbildung sowie zur gewaltfreien Kommunikation und gendersensiblen Sprache erwerben. Dabei müssen kulturelle Vielfalt, Geschlechtervielfalt sowie sexuelle Orientierungen berücksichtigt werden. Um ein diskriminierungssensibles Schulumfeld zu schaffen, wollen wir außerdem LSBTIQ\*-Ansprechpersonen und queere Peer-to-Peer-Schulauklärungsarbeit nach dem Vorbild der SCHLAU-Gruppen in NRW und Niedersachsen an den Schulen etablieren. Wir erachten das Landesantidiskriminierungsgesetz Berlin als vorbildliche Regelung und streben eine solche Regelung auch für Sachsen-Anhalt an. Damit schließen wir Lücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in Lebensbereichen, die in Gesetzgebungskompetenz des Landes fallen, zum Beispiel im Bereich Bildung. Damit Schulen sicherere Lernort für Kinder und Jugendliche werden, sollen Antidiskriminierungsrichtlinien für Schulen erarbeitet werden. Um auf die Probleme von Mobbing und Diskriminierung an Schulen aufmerksam zu machen, wollen wir einen landesweiten „Anti-Mobbing-Tag“ ins Leben rufen. Dieser soll mit einem eigenen Budget ausgestattet werden und an die Schirmherrschaft bei dem\*der Ministerpräsident\*in angedockt werden. An dem Aktionstag sollen alle Schulen im Land Aktionen und Projekte durchführen, die darauf zielen, dass soziale Miteinander zu stärken. Des Weiteren unterstützen wir das deutschlandweite Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Dadurch werden Schulen aktiv bei der Ausarbeitung von Anti-Mobbing-Strategien und Workshops begleitet, ohne dass ein großer finanzieller Mehraufwand für die Schulen und Schüler\*innen entsteht. Bisher sind leider nur rund 150 Schulen in Sachsen-Anhalt Teil des Netzwerks "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Wir möchten uns dafür einsetzen, dass auf dieses Angebot mehr Schulen aufmerksam werden.

## 5. Mit jungen Freiwilligen Sachsen-Anhalt international sichtbar machen!

- **Welche Möglichkeit sehen Sie für den Ausbau der internationalen Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt?**

Unser Anliegen die Jugendarbeit zu stärken umfasst auch die internationale Jugendarbeit. Eine Förderung, die entsprechend der Tarifentwicklung und der Inflation dynamisiert ist, soll auch in diesem Bereich ein verlässliches Arbeiten ermöglichen.

- **Sind Sie persönlich bzw. die Mitglieder Ihrer Fraktion bereit, die Aufnahme eines jungen Menschen aus dem Ausland bzw. die Entsendung eines Jugendlichen aus Sachsen-Anhalt im Rahmen internationaler Freiwilligendienste im Form einer Patenschaft zu unterstützen?**

Das Übernehmen einer Patenschaft als individuelle Entscheidung obliegt jeder und jedem einzelnen Partei- wie auch Fraktionsmitglied. Inwieweit Einzelne dazu bereit sind, dazu liegen uns keine Informationen vor.

## 6. Konkrete friedenspolitische Initiativen unterstützen!

- **Wie stehen Sie zur militärischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide?**

Diese lehnen wir ab. Wir setzen uns für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ein. Sie soll weitgehend für naturverträglichen Tourismus erschlossen werden.

- **Befürworten Sie eine ausschließlich zivile Forschung und Lehre an den Universitäten und Hochschulen Sachsen-Anhalts verankert in einer Zivilklausel ?**

Während der Verhandlungen zum Hochschulgesetz in der zurückliegenden Legislatur konnten wir erreichen, dass zumindest eine abgemilderte Form der Zivilklausel in § 3 Abs. 8 HSG verankert wurde. Eine von uns vorgeschlagene ambitioniertere Zivilklausel konnten wir innerhalb der Koalition nicht durchsetzen, sodass es nur zu einem abgeschwächten Kompromiss kam. Wir Grüne sind jedoch gerne bereit, diese Zivilklausel bei einer weiteren Novellierung zu konkretisieren.

- **Sind Sie bereit, sich auch zu den bundespolitischen Themen Atomwaffenverbot, Ächtung autonomer Waffen und konsequente Restriktion von Rüstungsexporten sowie der Förderung von zivilen Instrumenten der Konfliktbearbeitung in Ihrer Partei zu engagieren?**

Seit der Gründung der Partei verfolgt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Dazu wollen wir auch mit der USA wieder in Gespräche über Barack Obamas "Global Zero" treten. Eine Welt ohne Atomwaffen kann man jedoch nicht ohne Zwischenschritte erreichen. Internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, ein Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche Debatte über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. Ein zentraler Schritt wird dabei sein, dass Deutschland frei von Atomwaffen ist. Dafür muss Deutschland dem VN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Natürlich kann dies nicht ohne Gespräche mit den Bündnispartner\*innen und Absprachen mit europäischen Partner\*innenstaaten erfolgen.